

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 29 (1939)

Heft: 42

Rubrik: Weltwochenschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltwohenschau

Verhandlungen in Moskau.

Als die britisch-russischen Verhandlungen seinerzeit nicht vom Fleck kommen wollten, mutmaßte man die unwahrscheinlichsten Dinge, um schließlich vom Hitler-Stalinpakt überrascht zu werden. Nach Bekanntwerden dieses Paktes und seines Inhalts war England bis aufs Letzte entschuldigt; es kam an den Tag, warum die Moskauer Bedingungen nicht angenommen werden konnten: Der Westen konnte weder die baltischen Staaten noch die russische Hälfte Polens als „russische Einflussphäre“ anerkennen, wie dies Hitler getan.

Die hingeschleppten Verhandlungen zwischen den Russen und Türken scheinen auf ähnliche Zumutungen in Moskau zu stoßen, wie London sie erfahren und nicht angenommen. Welcher Art diese Zumutungen sind, kann man irgendwie erraten. Die Nachrichten der Agenturen aus Moskau deuten auch allerlei an, aber keine der bisherigen Meldungen scheint den Kern der Schwierigkeiten zu treffen. Genau wie seinerzeit im Falle Englands, tastet man in den Mutmaßungen herum, ventiliert die und jene Möglichkeit, kombiniert aus den Interessen der Beteiligten und anderer nicht direkt beteiligter Kreise, was verlangt worden sei und was nicht angenommen werden könne. Man kann versuchen, diesen Kombinationen zu folgen und ihre Wahrscheinlichkeit abzuschätzen, aber man muß sich auf Überraschungen gefaßt machen. Denn wer hätte erraten und vorausgesehen, in welcher Form Stalin mit den Baltenstaaten verfahren werde? Wer hätte beispielsweise angenommen, daß Litauen seine „historische Hauptstadt Wilna“ zurück erhalten und dieses Pfaster auf die Wunde der nationalen Eitelkeit mit Fahnen und Trompeten feiern werde, und daß es zugleich russische Besetzungen an seiner schmalen Küste und an den strategischen Punkten annehme, die Keimzellen für seine Bolschewisierung?

Nun, was wird von den Türken verlangt? Einer der sichersten Punkte, in welchem sich die Agenturen wahrscheinlich nicht irren, geht die Sperrung der Dardanellen an. Die Moskauer wollen das Risiko eines Angriffs auf die Schwarze Meerküsten ein für alle Mal aus der Welt geschafft wissen. Vor dem britisch-türkischen Abkommen bestand ein solches türkisches Versprechen . . . man hatte seinerzeit das überraschende Abkommen von Montreux als einen wichtigen diplomatischen Sieg der Russen gefeiert. Was Stalin heute verlangt, ist nur die Rückkehr zum status quo, der bis diesen Sommer gegolten. Aber die Türken möchten für ihre neuerliche Zuführung offenbar Garantien gegen russische Angriffe auf den Balkan. Die Bittungen rumänischer Minister nach Moskau, die Abpressung Bessarabiens von Rumäniens und spätere Fortsetzungen gegenüber Ungarn oder Jugoslawien sollten unterbleiben. Und es scheint, daß gerade in diesen Belangen Stalin keine Versprechen geben will, daß er also Absichten habe. Umgekehrt wollen auch die Russen Garantien; sie trauen dem türkischen Sperreversprechen nicht, und zwar mit Grund; seit Ankara den Engländern die Durchfahrt für die Hilfe an Rumänien freigegeben, also die früheren Abmachungen mit Moskau annulliert hat, muß Moskau mehr als nur die türkische Unterschrift in Händen haben. Was verlangt also Stalin? Russische Flugplätze auf türkischem Boden? Garnisonen wie im Baltikum? Wir wissen es nicht.

Es ist gesagt worden, die Türken seien viel besser dran als die Balten . . . sie hätten die britisch-französischen Garantien und offene Zufahrtswege für militärische Hilfe aus den beiden Imperien. Aber diese Garantien und Hilfsmöglichkeiten sind wertlos, weil Ankara sie nicht in Anspruch zu nehmen wagt, d. h. weil es das Risiko

einer Auseinandersetzung mit den Russen fürchtet; der gemeldete russische Aufmarsch im Raum von Baku zeigt, mit welchen Mitteln Moskau arbeitet. Ankara bezahlt seine Russenfreundschaft vorläufig mit qualvollen Zweifeln, morgen vielleicht mit der Einschränkung seiner Unabhängigkeit. Ein kühner Entschluß, sich keinerlei Zumutungen gefallen zu lassen, die Verpflichtungen, die es den Verbündeten des Balkanpaktes gegenüber auf sich genommen, voran zu stellen und britische und französische Hilfe in Anspruch zu nehmen, falls Rumänien von den Russen bedroht würde, scheint unmöglich. Es ist vielleicht so, daß man der Westhilfe für diesen verzweifelten Fall nicht traut und darum nicht eindeutig auf die „Balkankarte setzt“. Jedenfalls laviert man und sucht zwischen den Giganten hindurchzuschlüpfen. Um Zeit zu gewinnen, unterbricht Saradjoglu die Verhandlungen und reist nach Ankara.

Bestünde nicht die schwere türkische Verstimmung gegenüber Italien, so ließe sich ein Zusammensehen zwischen Rom und Ankara zur Sicherung des Balkans denken. Rom hat einen ungarisch-jugoslawischen Ausgleich zustande gebracht; Verhandlungen zwischen Belgrad und Bukarest schweben, um auch einen ungarisch-rumänischen Ausgleich zu ermöglichen. Der „neutrale Balkanblock unter italienischer Führung“ kristallisiert sich langsam heraus. Das Zentrum der Gespräche um diesen Block ist seltsamerweise London. Daraus will man neuerdings schließen, England sei aufs Innigste an einem solchen neutralen Gebilde interessiert; es sehe die russische Gefahr genau so deutlich wie Italien, dessen Zeitungen mit einer verschärften antikommunistischen Kampagne einsehen, angeführt von der Presse des Vatikans. Via Italien gebe London den Türken zu verstehen, daß die Front zur Sicherung des Balkans breit sei, daß sie sich also von Moskau nicht alles bieten lassen müßten.

Das italienische Bemühen um den Südosten hat nur einen Pferdefuß. Rom will ebenso sehr den Deutschen wie den Engländern dienen. An einem „verkappt prodeutschen Balkanblock“ kann Ankara sich nicht freuen. Darum bleibt trotz Italien seine Stellung gegenüber Moskau schwierig.

Wenn sich erst die russisch-finnischen Verhandlungen entschieden haben, wird man mehr wissen. Stalin ignoriert eine Botschaft aus Roosevelts Umgebung zugunsten Finnlands, ignoriert die Zusammenkunft der nordischen Könige mit der finnischen Regierung und fordert . . .

Kriegshandlungen im Westen.

Nach den unzweideutigen Antworten Chamberlains und Daladiers auf die Friedensangebote Hitlers, d. h. nach Abweisung eines Friedens mit Anerkennung der deutschen Eroberungen in Polen und Sanktionierung der tschechoslowakischen „Neuregelung“ wird es im Westen nach und nach ernst. Die deutschen Armeen marschieren auf; die französischen Heeresberichte lassen erkennen, daß seit Wochen keine weiteren Geländegewinne der Alliierten mehr realisiert wurden und daß man sich überall nur um den Ausbau der eroberten Stellungen im Vorgelände beschränkt hat. General Gamelin erwartet also den deutschen Angriff; die britische These, wonach man den Sieg in der Defensive erringen könne, wird also der Kriegsführung zugrunde gelegt.

Die seit ungefähr drei Wochen Nacht für Nacht wiederholten Vorstöße deutscher Patrouillen ins „Niemandsland“, die gelegentlichen Luftkämpfe zwischen Aufklärungsgeschwadern und abwehrenden Jagdfliegern, meist über der deutschen Front, zeigten nach französischen Darstellungen ein bestimmtes Über-

gewicht der westlichen gegenüber der deutschen Luftflotte. Nach der deutschen Darstellung wären die Flieger sich aber mindestens ebenbürtig, ebenso das Material.

Anfangs der dritten Oktoberwoche wird gemeldet, die Deutschen seien im Begriffe, eine Offensive auszulösen. Allnächtlich beobachte man hinter der Siegfriedlinie auf allen Straßen den Lichtschimmer langer Autokolonnen oder vorstrebender deutscher Gruppen, die im Scheine von Taschenlaternen ihre Stellungen aussuchten. Größere vorbereitende Angriffe seien ausgelöst worden zwischen der Mosel, also der luxemburgischen Grenze und dem Waldgebiet südlich von Saarbrücken; das französische Artilleriefeuer habe sie zum Stehen gebracht.

Man wird trotz solcher Meldungen nicht erwarten dürfen, daß die angekündigte deutsche Großoffensive so rasch losbricht. Die Vorbereitungen sind noch lange nicht beendet. Auch auf französisch-britischer Seite nicht. Es werden unvorstellbare Mengen von Material hergeschafft, zum Angriff wie zur Abwehr. Und zu den Vorbereitungen scheint auch das Abwarten verschiedener diplomatischer Aktionen zu gehören: Paris und London erwarten die endgültige Aufhebung des amerikanischen Waffenembargos. Hunderte von bereits getarnten amerikanischen Flugzeugen warten auf den Moment dieser Aufhebung, um unmittelbar darauf nach Europa zu fliegen. Seit im Senat beschlossen wurde, keine Kredite an Kriegsführende zu gewähren, also nur „gegen bar zu liefern“, ist die letzte amerikanische Angst vor Verlusten beseitigt und Roosevelts Sieg gesichert. Also wartet man bei den Westmächten auf den „Materialzuschuß aus Amerika“. Auf deutscher Seite hofft man, mit den Russen ganz ins Klare zu kommen und gewisser Lieferungen sicher zu sein, hofft auch, der „neutrale Südstab“ werde teils von Mussolini gesichert und als Futterlieferant für Mensch und Vieh offengehalten, teils von den Russen durch Druck auf die Türken nach Osten verlängert. Je sicherer die Nahrungs- und Materialbasen, desto weniger eilt es mit der Großoffensive vor der Maginotlinie.

Inzwischen wird von den Deutschen die Möglichkeit ventiliert, unter Umgehung der ihnen von Gamelin zugesetzten Rolle des Angreifens und Verblutens am französischen Frontwall, die Westmächte anderswo zu treffen, und zwar vielleicht so, daß sich die Theorie des Sieges durch Defensive zugunsten der Deutschen umkehren würde. Wie, wenn es gelänge, die britische Flotte zu schlagen? Wie, wenn sich das U-Boot den großen Schlachtschiffen gefährlich erweisen könnte? Und wenn die Luftflotte dabei eine ebenso gefährliche Rolle zu spielen verspräche? Wenn damit die Blockade verunmöglicht, die These der Aushungerung Deutschlands ... von der östlichen Nahrungsbasis abgesehen, ... ad absurdum geführt, der Angriff auf die Inseln in den Bereich der Möglichkeit gerückt würde?

Einem U-Boot gelang die Torpedierung des „Royal Oak“ in Scapa Flow; zwei Drittel der 1200 Mann Besatzung ertranken; deutsche Meldungen wollen auch von Treffern gegen den „Repulse“ wissen. England dementiert. Aber die Gefährlichkeit der deutschen Torpedos, die zu den angekündigten unbekannten Waffen gehören sollen, wird erörtert.

Tags darauf vernahm man von einem deutschen Flieger raid gegen die schottische Küste und umstrittenen Treffern auf den im Firth of Forth liegenden britischen Kriegsschiffen. Die Militärfachleute rechnen aus, ob die gemeldete Versenkung des 17. deutschen U-Bootes, von vier bis sieben deutschen Flugzeugen im Firth of Forth, von einer wahrscheinlichen Versenkung deutscher Schiffe nach einem Seegeschäft südwestlich von Norwegen, oder aber die materielle und moralische Schädigung Englands im Falle des „Royal Oak“ und der havarierten andern britischen Schiffe schwerer wogen, auf die gesamte See-Kampfkraft beider Mächte gerechnet.

Eine Initiative und ein Referendum.

Der Aktionsausschuß des Initiativkomitees für die Flugzeugwehropfer-Initiative hätte stolz die gesammelten 92,000 Unterschriften einreichen und erklären können, der Bundesrat solle vorwärts machen ... der Volkswille dokumentiere, daß er ein Wehropfer wünsche, und zwar eines, das einen bestimmten Zweck erstrebe, den raschen und mit außerordentlichen Mitteln betriebenen Ausbau unserer Flugwaffe. 92,000 Unterschriften sprechen.

Es kommt aber nicht zur Einreichung. Das Aktionskomitee ist zur Einsicht gekommen, daß ein weiteres Bemühen der Initianten überflüssig sei. Der Beschuß der Bundesversammlung (30. Aug. 39) und die auf Grund dieses Beschlusses vorgekehrten Maßnahmen des Bundesrates, die er auf Grund seiner Vollmachten ergreifen wird, erfüllen, wie erklärt wird, alle Forderungen der Initiative. Was die Befürworter des Wehropfers vor allem befriedigt, sind die abgegebenen Zusicherungen der verantwortlichen Stellen, wonach kein Zweifel mehr über die Notwendigkeit eines solchen Opfers bestehet. Damit hat eine Bewegung ihr Ende auf ideale Weise gefunden: Die Behörden nehmen die Erfüllung aufgestellter Forderungen vorweg, und die Fordernden ziehen die Konsequenzen und verzichten auf weitere „nachdrückliche Dienste am Volkswillen“.

Man möchte wünschen, eine Referendumsbewegung, die noch im Gang ist und ihrem Charakter nach nur dazu dienen kann, die Einheitlichkeit des Volkswillens zu trüben, möchte ein ähnliches Ende nehmen. Vielleicht sollte die Initiative zur Erledigung dieses Referendums, d. h. zum Rückzug der Unterschriftenbogen vom Bundeshaus ausgehen. Eine freundliche Einladung sollte erfolgen, zu verzichten auf weitere Schritte, und eine deutliche Versicherung sollte diese Einladung begleiten, daß der Erfolg ausbleiben werde. Es handelt sich um das Referendum gegen die Verständigungsvorlage über die Besoldungen und die Dotierung der Pensionskasse unseres eidgenössischen Personals. Bundesrat Wetter hat sich für diese Vorlage eingesetzt. Es müßte sein moralisches Gewicht mit Wucht zum Abschluß des Referendums eingesetzt werden.

Der Verzicht auf dieses Referendum ist vor allem deshalb notwendig geworden, weil sich die wichtigste Voraussetzung der Vorlage schon wieder verändert hat. Die Teuerung, 25 % über dem Niveau des letzten Monats vor der Abwertung, 8 % über dem Niveau vor dem jetzigen Kriegsausbruch, wird weitere Fortschritte machen. Borderhand gelten die genannten Zahlen nur für den Großhandelsindex. Sie werden rasch genug auch für den Kleinhandel gelten. Und bei den 8 % wird es kaum bleiben. Die Gröterungen unserer Presse über die Möglichkeiten, einer Preishausse zu begegnen, belehren uns deutlich, wie schwer es sein wird, den Druck abzuwehren, der von den zu beschaffenden Importgütern ausgeht. Mögen wir unsere Eigenprodukte auf einer bestimmten Höhe halten und eine Steigerung verhindern, wir produzieren nun einmal eine ganze Reihe wichtiger Dinge nicht selber.

Ist es aber so, daß der „Index“, auf dessen Basis der Ausgleich zustande kam, nicht mehr stimmt, so könnte der Bund rascher als gedacht in die Lage kommen, wie im letzten Kriege Teuerungszulagen ausrichten zu müssen; seine Opfer für die Pensionskassen würden in relativer Bewertung nicht mehr das ausmachen, was sie in absoluten Zahlenwerten sind. Das Rennen gegen diese Beiträge kommt, sogar wenn man ihm irgendwelche Berechtigung zusprechen könnte, (wir können es nicht), wieder um ganze Pferdelängen zu spät. Längst drängen neue Sorgen. Diese Eigentümlichkeit des unzeitgemäßen Lancierens veralteter, schon überholter Forderungen wird deshalb besonders aufreizend, weil wir ganz andere, wirklich drängende Angelegenheiten zu verfolgen haben: Der Bund sieht die Wehrmannshilfe um 30 % hinauf, verlängert den Rechtsstillstand für Soldaten usw.

—an—